



## Niederschrift

49. Plenarsitzung Gemeinderat  
24. April 2018, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

## **Punkt 12 der Tagesordnung: Lernort Kislau – Mitfinanzierung durch die Stadt Karlsruhe im Jahr 2018 Vorlage: 2018/0128**

### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat begrüßt die Einrichtung und Unterhaltung des Lernorts Zivilcourage in Kislau. Er spricht sich für eine institutionelle Mitfinanzierung durch die Stadt Karlsruhe aus.
2. Der Gemeinderat stellt fest, dass die Mitfinanzierung des Lernorts Zivilcourage in Kislau im gesamtstädtischen Interesse liegt.
3. Der Gemeinderat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von 20.000 Euro zur anteiligen Finanzierung des Lernorts Zivilcourage in Kislau im Jahr 2018 und empfiehlt die Einstellung eines entsprechenden jährlichen institutionellen Zuschussbetrages in den Haushaltsentwurf 2019/20.  
Auf eine Gegenfinanzierung wird mit Blick auf das gesamtstädtische Interesse an der Maßnahme verzichtet.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz** übernimmt die Sitzungsleitung und stellt die Befangenheit des Vorsitzenden fest. Sie ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Die SPD-Fraktion begrüßt die Einrichtung und Unterhaltung des Lernortes Zivilcourage in Kislau und spricht sich für eine institutionelle Mitfinanzierung durch die Stadt Karlsruhe aus. Das ist keine Verwunderung hier, denn dieser heutigen Vorlage ging ein von meiner Fraktion gestellter Antrag voraus. Des Weiteren wurde das schon im Gemeinderat 2017 in einer Sitzung diskutiert und dann in den Kulturausschuss verwiesen. Im Dezember 2017 wurde dieses hervorragende Konzept im Kulturausschuss beraten.

Nach einer dreijährigen Anschubfinanzierung hat der Finanzausschuss des Landtages im November 2017 beschlossen, das Projekt Lernort Kislau institutionell zu fördern. Im aktuellen Doppelhaushalt wurden hierzu 140.000 Euro eingestellt. Die Stadt Karlsruhe beteiligt sich im Jahr 2018 durch eine überplanmäßige Bereitstellung von 20.000 Euro ebenso wie in den Folgejahren. Dem können wir so zustimmen. Die Finanzierung soll und muss im gesamtstädtischen Interesse gesehen werden, denn Kislau ist ein bedeutender, wenn nicht sogar der bedeutendste Erinnerungsort für Karlsruhe, aber auch für die anderen badischen Gemeinden und Städte. In Kislau haben in einer geschichtlich beschämenden Zeit viele Menschen aus unserer Region damals viel Leid erfahren müssen. Aus diesem Grund ist es auch für uns unumgänglich, dass nicht nur Karlsruhe sondern auch andere badische Städte und Landkreise – ich denke an Mannheim und Heidelberg – einen finanziellen Beitrag zur Unterhaltung dieser bedeutenden Einrichtung leisten müssen.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU):** Die CDU-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu. Frau Ernemann hat schon auf verschiedene Punkte hingewiesen. Für uns ist es auch ganz wichtig, dass bei einem solchen Erinnerungsort aktiv verhindert wird, dass die Erinnerung mit der Zeit verblasst. Es ist die Jugend, die von der Zeit damals gar nichts mehr weiß und hier hingeführt wird. Es sind aber auch Neubürger, denen die Geschichte nahegebracht wird. Nicht nur die heutigen Errungenschaften, sondern auch die dunklen Zeiten unserer Geschichte. Da finde ich es richtig und wichtig, dass Karlsruhe – weil Kislau besonders Baden und Karlsruhe betrifft – diese Erinnerung hoch hält und dieser Erinnerungsort entsprechend gefördert wird. Das Land hat drei Jahre lang die Anschubfinanzierung geleistet, jährlich 200.000 Euro, und hat sich auch bereit erklärt, in Zukunft auf Dauer 140.000 Euro pro Jahr beizusteuern. Von den restlichen 60.000 Euro ist Karlsruhe bereit, 20.000 Euro beizusteuern. Und – Frau Ernemann hat es angesprochen – wir gehen auch davon aus, dass die anderen badischen Städte ihren Beitrag dazu beitragen werden, diese Erinnerungskultur zu unterstützen und für die Mitfinanzierung Mittel bereitzustellen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir GRÜNE bedanken uns für diese Beschlussvorlage und stimmen der institutionellen Mitfinanzierung der Stadt zum Lernort Zivilcourage und Widerstand zu, wie wir das auch schon in der Gemeinderatssitzung im November 2017 und im Kulturausschuss im Dezember 2017 angekündigt hatten. Nach den Landesgedenkstätten Oberer Kuhberg bei Ulm und Grafeneck bei Gomadingen, wird nun mit dem Lernort Kislau eine weitere große Landesgedenkstätte auf badischer Seite eingerichtet. Jede dieser drei zentralen Gedenkstätten hat neben ihrer landesweiten Bedeutung natürlich auch einen hohen Stellenwert für die gesamte umliegende Region. Denn es waren die Menschen in Karlsruhe und in der Umgebung, die davon betroffen waren, die als Kritiker, als Widerständler gegen die NS-Gewaltherrschaft in dieses KZ Kislau verschleppt, misshandelt und im Falle von Ludwig Marum dann dort auch grausam ermordet wurden.

Aus diesem regionalen Stellenwert erklärt sich, dass neben der institutionellen Förderung von 140.000 Euro durch das Land auch die kommunalen Gebietskörperschaften der drei großen Landesgedenkstätten eine institutionelle Förderung leisten müssen, damit der Gedenk-, der Erinnerungs- und der Bildungsauftrag dieser Gedenkstätten erfüllt werden kann.

Ich möchte mich an dieser Stelle für meine Fraktion bei den Initiatorinnen des Lernorts Kislau und beim Verein Lernort Zivilcourage und Widerstand bedanken. Dieser Verein hat sich über viele Jahre hinweg mit Beharrlichkeit und hoher Kompetenz für die Einrichtung eines

Gedenk-, Erinnerungs- und Bildungsorts am Standort des ehemaligen KZ Kislau engagiert. Wir begrüßen auch sehr das vorgelegte Konzept, das jetzt umgesetzt werden soll. Es setzt sehr stark auf Sensibilisierung und Bildung. Ziel ist die Entwicklung und Festigung einer demokratischen Handlungskompetenz unserer jungen Menschen, dass sie bereits erkennen können, wo die Gefahren sind und wie man aktiv dagegen vorgehen kann. Nun ist es auch deshalb ein positives Konzept, weil Jugendliche bereits konzeptionell aktiv eingebunden waren in die Entwicklung.

Abschließend möchte ich für meine Fraktion noch einmal betonen, dass durch die Einrichtung des Lernorts Kislau gerade in der heutigen Zeit, wo wir auch ständig mit menschenverachtenden, menschenfeindlichen und rassistischen Parolen zu tun haben, unsere demokratischen Werte dem entgegengestellt werden. Das ist sehr wichtig. Mit der Zustimmung zu dieser ergänzenden institutionellen Förderung können wir damit heute ein wichtiges Zeichen für Vielfalt und Demokratie setzen und knüpfen damit an die bereits in der Vergangenheit gemeinsam einstimmig beschlossenen Resolutionen für Vielfalt, Demokratie und Menschenrechte an.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Meine Fraktion wird heute dieser Vorlage zustimmen. Wir haben schon im November hier im Gemeinderat unsere Zustimmung gegeben und auch im Kulturausschuss entsprechend abgestimmt. Wir sind besonders froh, dass hier ein Projekt vom Land und von kommunalen Gebietskörperschaften mitgetragen wird. Meine Fraktion und ich gehen davon aus, dass sich auch andere Städte in Nordbaden beteiligen werden. Für uns ist besonders wichtig, dass dort die Jugend an eine Geschichte herangeführt wird, von der wir hoffen, dass sie so nicht mehr zurückkommen kann. Von daher eine einstimmige Zustimmung heute von meiner Fraktion.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Wir freuen uns über diese Initiative. Das Wort „Lernort“ freut mich persönlich, sowohl aus Pädagogen als auch als Bürger in Baden-Württemberg. Alle in diesem System wissen, dass Lernen auf einer abstrakten, theoretischen Ebene schwierig ist. Lernen geht viel besser, wenn es konkret wird und an einen ganz bestimmten Ort geknüpft wird. Besonders ist historisches Lernen als abstrakte Theorie schwierig. Für viele Schüler ist Vergangenheit eben Vergangenheit. Caesar, Nero, Napoleon oder Hitler, für viele sind dies ganz einfach Personen der Vergangenheit, ohne Bedeutung für uns heute.

Mit einem Lernort wird das Lernen persönlich und konkret. Gerade für uns als Stadt des Rechts ist es von großer Bedeutung zu illustrieren, was eine Gesellschaft ohne rechtliche Grundlage für Konsequenzen haben kann. Lernort Kislau gefällt mir als relativ neuer deutscher Staatsbürger besonders. Einer von vielen Gründen, weshalb ich die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen habe, ist der Umgang mit der Vergangenheit und ihre Aufarbeitung. Ich erlebe gerade auch als Stadtrat hier in Karlsruhe, wie wir uns in unserer Arbeit der Vergangenheit stellen, ohne Pathos, Schuld oder Nostalgie. Ganz konkret benutzen wir die Vergangenheit als Warnung für die Zukunft. Wir versuchen, Vergangenheit und Gegenwart miteinander zu verbinden, um die Aufarbeitung zu gewährleisten. Genau dies ist meiner Meinung nach Leitkultur im besten Sinne. Wir unterstützen sehr gerne eine institutionelle Mitfinanzierung, wie es auch das Land Baden-Württemberg macht. Hoffentlich folgen auch andere Gemeinden diesem Beispiel, so dass der Lernort Kislau sich erfolgreich entwickeln kann.

**Stadtrat Wenzel (FW):** Zustimmung von meiner Seite zu dieser Vorlage. Ich möchte es auch kurz erörtern. Wir alle leben in einer Zeit, die besonderer Veränderung unterworfen ist. Viele sehen schwarze und dunkle Schatten über unserer Gesellschaft stehen. Deshalb sollte eine Erinnerung an Vergangenes, das weder demokratisch noch rechtsstaatlich war, aufrechterhalten und unserer Jugend zugänglich gemacht werden. Wir als Stadt Karlsruhe, die davon betroffen ist, das hat auch die SPD in ihrem Antrag damals gemacht mit dieser schändlichen Schau Fahrt, sollten unseren Beitrag leisten. Ich finde es gut, dass wir hier ein deutliches Signal geben. Ich als Einzelstadtrat sehe es als richtigen Weg, das Vergessen nicht zu ermöglichen, sondern das Vergessen lebendig vor Augen zu halten.

**Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz:** Ich denke, dass die Aufgabe, dass man sich gemeinschaftlich engagiert mit den anderen Gebietskörperschaften und mit dem Land, zu einem wunderbaren Konzept geflochten wurde. Insofern sehe ich jetzt Abstimmungsbe reitschaft. – Ich denke, das ist ein wunderbares Votum.

Ich darf die Sitzungsleitung wieder an den Herrn Oberbürgermeister zurückgeben.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
23. Mai 2017